

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Danneberg & Co.,
Invalidendank.
Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Nr. 838

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonntage und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonntagen und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 30. November.

Inserate, die schlagpaltige Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Deutschland.

L. C. Berlin, 29. Nov. Der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch empfing am 28. November im Beisein des Unterstaatssekretärs Lohmann eine Deputation des Centralraths des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker), bestehend aus dem Verbandsanwalt und den Centralrathsmitgliedern H. Kamin (Maschinenbauer), M. Schulz (Klempner), L. Winter (Schuhmacher) und S. Hanff (Kaufleute). Als Sprecher der Deputation begründete Dr. Mag. Hirsch eingehend den dringenden Wunsch der Gesamtorganisation, daß endlich das seit fünf Jahren immer von Neuem beantragte Gesetz betreffend die eingetragenen Berufsvereine, wodurch auch die Gewerksvereine staatliche Anerkennung und Schutz ihrer Einrichtungen und ihres Vermögens erlangen würden, von der preussischen Regierung gefördert werden möge. Der Minister selbst habe in der letzten Reichstagsession erklärt, daß der kaiserliche Erlass vom 4. Februar 1890 bezüglich der Arbeitervertretung noch nicht ausgeführt sei, und als einzigen Grund der Verzögerung die Besorgnis bezeichnet, daß durch das verheißene Gesetz die Machtmittel der sozialdemokratischen Agitation verstärkt werden würden. Nach der Ueberzeugung der 70 000 Gewerksvereiner treffe aber das gerade Gegentheil zu; nicht die Gewährung, sondern die Verweigerung der Rechtsfähigkeit für die Arbeitervereine, während dieselben den Vereinigungen der Besitzenden und Arbeitgeber längst mit vollen Händen erteilt sei, werde die große Masse der Arbeiter mehr und mehr der extremen Partei zuziehen. Zu den wahrhaft staatsverhaltenden Elementen gehörten die deutschen Gewerksvereine, die seit 27 Jahren reformatorisch für die materielle und ideelle Verbesserung der Arbeiterlage eintreten; dafür verlangten sie nicht Vortheile und Privilegien, wohl aber Gleichberechtigung, und sie rechneten bei diesem Streben auf die thätigste Unterstützung des Ministers. In seiner Erwiderung erklärte sich Minister v. Berlepsch mit der ethischen Begründung des Sprechers sofort einverstanden; richtete aber einige Fragen an die Deputation, inwiefern speziell die Vermögensfähigkeit für die Gewerksvereine erforderlich sei und ob nicht eventuell hierin durch behördliche Verleihung der Korporationsrechte geholfen werden könnte? Nachdem diese Fragen von den Deputirten Winter, Kamin und Dr. Hirsch dahin beantwortet worden, daß die deutschen Gewerksvereine aus den Arbeiterbeiträgen Vermögensbestände von Hunderttausenden angesammelt haben, deren nutzbringende Verwendung ohne das beantragte Gesetz äußerst beschränkt, ja deren Sicherheit, wie die Erfahrung bewiesen, in höchstem Grade gefährdet sei, und daß andererseits Versuche zur Erlangung der Korporationsrechte gescheitert seien, bekundete der Minister in längeren Ausführungen sein persönliches Einverständnis auch in diesem Hauptpunkte und überhaupt sein Wohlwollen für den vorgetragenen wichtigen Antrag. Die Deputirten schieden sehr befriedigt durch die sympathische, durchaus zustimmende Aussprache des Ministers.

Die Generallandschafts-Direktoren der älteren Landschaften in den östlichen Provinzen des Staates werden der „Schles. Ztg.“ zufolge am 20. Dezember d. J. im Herrenhause zu Berlin zu einer Konferenz zusammentreten, in welcher interne Angelegenheiten dieser Landschaften, namentlich Organisationsfragen und die Frage, wie die Einrichtungen der Landwirthschaft für den kleinbäuerlichen Besitz mehr nutzbar gemacht werden können, erörtert werden sollen.

Die in der Presse verbreitete Nachricht, der Landrath von Walbow habe erklärt, eine etwaige Wahl zum Landesdirektor von Ostpreußen nicht annehmen zu wollen, beruht auf Erfindung.

Das Berliner Polizei-Präsidium giebt die Schließung elf sozialdemokratischer Vereine bekannt, und zwar sechs Reichstags-Wahlvereine; der Preßkommission, der Agitationskommission, der Volkskommission, der Vereine der öffentlichen Vertrauensmänner, des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Grund wird der § 8 der Verordnung über die Verhütung des Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechts vom 11. März 1850 angegeben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Nov. Der Kaiser und der Ministerpräsident Graf Badeni, letzterer im Namen des Ministeriums, sandten der Familie des Grafen Taaffe Beileidsbesuchen. Die Beisetzung des Grafen Taaffe findet am Montag in der Familiengruft in Eßlau statt. — Im Abgeordnetenhaus wies am Schlusse der Sitzung der Präsident Chlumetzky

auf die Nachricht von dem Ableben des Grafen Taaffe hin, dem das ganze Haus die innigste und wärmste Theilnahme bewahrt habe. Das Präsidium beabsichtigte, sich an der Beisetzungsfeier zu betheiligen, um den Gefühlen der Mitglieder des Hauses entsprechenden Ausdruck zu verleihen. Die für Montag beabsichtigte gewesene Sitzung wurde daher auf Dienstag anberaumt. — Wir fügen hier einige Daten aus dem Leben des einst vielgenannten Staatsmannes an:

Eduard Graf von Taaffe, geb. 24. Februar 1833 zu Wien, aus altem irischen Geschlecht, war ein Spielgenosse des spätern Kaisers Franz Joseph. Studirte in Wien die Rechte und trat 1852 in den Staatsdienst. Er wurde nach andern Aemtern Statthaltersekretär in Ungarn, dann in Böhmen, 1861 Statthalter in Prag, war 1863–67 Landeschef des Herzogthums Salzburg, dann Statthalter in Oberösterreich. Am 7. März 1867 wurde Taaffe an Stelle Belcredi Minister des Innern, und als Fürst Carl von Auerberg am 30. Dezember 1867 an die Spitze des Kabinetts trat, Minister für Landesverteidigung und Polizei. Nach Auerbergs Rücktritt (26. September 1868) wurde Taaffe Präsident des Kabinetts bis 15. Januar 1870, wo er nach dem Memorandenstreit als Mitglied der Minorität ausstieg. Jedoch schon drei Monate später trat er wieder in das Kabinet Botolich als Minister des Innern ein und bekleidete dies Amt bis zum Rücktritt des Ministeriums 7. Februar 1871, worauf er Statthalter von Tirol und Vorarlberg wurde. 1871 erfolgte seine Berufung als lebenslangliches Mitglied des Herrenhauses. Als im Februar 1879 das Ministerium Auerberg seine Demission genommen hatte, wurde Taaffe in dem unter Streinmayr's Präsidenschaft theilweise neu gebildeten Kabinet Minister des Innern und seit dem 12. August 1879 Ministerpräsident. Am 5. Dezember 1879 hielt er im Abgeordnetenhaus seine Programmrede, in der er die Verfohrnung der Nationalitäten als sein Ziel bezeichnete. Indessen stieg er sich auf eine aus Polen, Czechen, Slowenen und den deutschen Merkmalen bestehende Majorität und wurde von den durch die Sprachenverordnungen und die fortschreitende Slawisirung der böhm. Kronländer und Krains erbitterten Deutschen heftig bekämpft. Trotzdem konnte er seine Stellung länger als irgend einer seiner Vorgänger behaupten, da er das unbedingte Vertrauen der Krone genoss. Erst seine Wahlreformpläne, die den entschiedensten Widerstand bei allen Parteien des Abgeordnetenhauses fanden, veranlaßten ihn, am 12. November 1893 nebst seinem Kabinet seinen Rücktritt zu nehmen.

Militärisches.

Personalveränderungen im V. Armeekorps. Kähler, Hauptmann à la suite des Niederösterreich. Fuß-Art.-Reg. Nr. 5 und Unterdirektor des Feuerwerkslaboratoriums in Siegburg, zum Direktor dieses Instituts ernannt. Preuß. Art.-St. vom Posen. Feld-Art.-Reg. Nr. 20, unter Stellung à la suite dieses Regiments zum Direktions-Assistenten bei den technischen Instituten der Artillerie ernannt. Dr. Kahl, Unterarzt der Res. vom Landwehrbezirk Samter, zum Assistenzarzt 2. Kl. befördert.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 29. Nov. Der Majestätsbeleidigungsprozess gegen den Redakteur und Herausgeber der „Ethischen Kultur“, Wochenchrift für sozialethische Reformen“, Dr. Fr. W. Foerster aus Freiburg in Baden, gelangte heute vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Ried, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Oppermann, die Verteidigung führt R. A. Dr. v. Gordan. Es handelt sich um einen in der Nummer vom 14. September d. J. erschienenen Artikel unter der Ueberschrift: „Der Kaiser und die Sozialdemokratie“. Der Artikel behandelte die Rede des Kaisers, die derselbe auf dem Paradenbühnen des Sedantages gehalten. In dieser Rede war bekanntlich die Arbeiterpartei als eine hochverräthliche Schaar und als eine Horde von Menschen bezeichnet, die nicht werth sei, den Namen Deutscher zu tragen. Fünf Stellen des Artikels sind als Majestätsbeleidigungen inframittirt. Der Artikel spitzt sich zu der Frage zu: „Wann wird endlich das liebevolle Verständnis für das Seelenleben der anderen Klasse im Bürgerthum heranreifen und Vertrauen und Veruhigung empfortragen bis zur einsamen Höhe der Fürsten?“ Als einen hoffnungslosen Anfang zu solchem Verständnis preist der Artikel schließlich die Rede, die der Bürgermeister Kirchner den Veteranen am Sedantage gehalten hat. Diese Rede bilde einen Protest gegen die Kriegserklärung, mit welcher „man“ die Haltung der Arbeiter am Sedantage beantwortet habe. Wegen dieses Artikels wurde die betr. Nummer der „Ethischen Kultur“ i. B. auf Antrag des Staatsanwalts, dem das Amtsgericht beirrat, beschlagnahmt. Die Beschlagnahme hat die Beschlagnahme aufgehoben, weil nach ihrer Ansicht eine Majestätsbeleidigung nicht vorhanden sei, die Öffnungskammer (2. Strafkammer) ist jedoch der Anschauung der Staatsanwaltschaft beigetreten und so ist die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden.

Der Angeklagte giebt zu, der Verfasser des Artikels zu sein, bestritt aber, daß dieser Beleidigungen der Person des Kaisers enthalte. Er habe den Artikel nicht aus irgend einer Parteilichkeit heraus geschrieben, sondern aus Interessen, die über allen Parteien stehen. Durch seine Studien ethischer Natur, namentlich über die soziale Entwicklung in England, sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß dort die soziale Revolution dadurch verhindert worden, daß Gelfitzige und andere Personen hineingingen in die unteren Klassen, deren Denken und Fühlen kennen lernten und eine Versöhnung der Klassen dadurch ermöglichten, daß sie, unabhängig von jeder Parteilichkeit, das Unrecht auf beiden Seiten erkannten und eifrig für die Ueberbrückung der Kluft sorgten. Als der Kaiser seine bekannte Rede am Sedantage gehalten, habe er den Eindruck erhalten, als ob gerade diese Rede dazu beitragen müsse, die in den bestehenden Klassen sich regenden Versuche zur Versöhnung im Keime zu ersticken, und er habe es für seine Pflicht gehalten, auch dem

Kaiser gegenüber seine Ueberzeugung frei und ungeschminkt zum Ausdruck zu bringen. Er sei der Meinung, daß gerade diejenigen, die eine ideale Repräsentation des Gemeinwesens in der Monarchie erblickten, ein lebhaftes Interesse daran haben müßten, daß oben am Thron nicht nur parteiliche Rathgeber, sondern auch ein offenes, ehrliches, wenn auch warnendes und mißbilligendes Wort Gehör finde. Gerade die neueste Zeit zeige Anzeichen dafür, daß sich parteiliche Tendenzen an den Kaiser herandrängen und ihn zur Anwendung von Gewalt überreden wollten. Er habe keineswegs eine fittliche Kritik an den Worten des Kaisers üben, sondern nur darthun wollen, daß die sozialdemokratischen Parteigenossen nicht die gefährlichsten und verwerflichsten Menschen seien, wie sie dem Träger der Staatsgewalt geschildert sein müßten. Schließlich bestritt er, daß, wenn er am Schlusse des Artikels über die Rede des Bürgermeisters Kirchner gesagt habe: „Hier sei der rechte Ton getroffen, der Ton der Biedert“, er damit einen Gegenlag zu den Worten des Kaisers habe herstellen wollen. Er habe sich vielmehr nur ganz allgemein an das Bürgerthum und die Presse wenden wollen. — Auf eine direkte Frage des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er unparteilich von allen Parteien und allen religiösen Bekenntnissen wirke und namentlich auch nicht der sozialdemokratischen Partei angehöre.

Der Staatsanwalt beantragt das Schuldb. Als die 5. Strafkammer der Ansicht des Amtsgerichts nicht beirrat, habe sich die Staatsanwaltschaft dabei nicht beruhigen können. Die Eröffnungsstrafkammer habe mit der Staatsanwaltschaft angenommen, daß Majestätsbeleidigungen vorliegen, und die Verhandlung könne keinen Zweifel darüber lassen, daß objektiv und subjektiv Majestätsbeleidigungen in dem inframittirten Falle ausgesprochen worden sind. Der Staatsanwalt geht hierauf scharf das Verhalten der Sozialdemokraten bei der Sedantage. Freilich habe der Angeklagte von der unerhörten, empörenden Herausforderung Nichts erwähnt, sondern im Allgemeinen die Sozialdemokraten in über-schwänglicher Weise als Muster der Gerechtigkeit und Ordnung hingestellt, das zeige, daß es ihm darauf ankam, den wahren Sachverhalt zu verschleiern und es so darzustellen, als ob der Kaiser ohne jede Veranlassung einen Kampf gegen verdiente Volksgenossen vom Zaun gebrochen habe. Es würde nur verwirrend wirken, wenn man eine derartige herabwürdigende Kritik allerhöchster Äußerungen für statthaft und straflos erklären würde, es würde die Autorität untergraben, wenn die Massen sehen, daß ein Mann von der Bildung und der Erziehung des Angeklagten schon zu Majestätsbeleidigungen greift. Er beantrage 9 Monate Gefängnis.

Verteidiger R. A. Dr. Gordan führt dem Gerichtshof das ideale Streben des Angeklagten und dessen selbstloses Wirken für eine Versöhnung der Klassengegenstände vor. In den politischen Auffassungen des Angeklagten liege nicht die Tendenz der Majestätsbeleidigung, er habe sie, wie er glaubwürdig betont habe, keineswegs beabsichtigt und eine Strafkammer habe ihm darin Recht gegeben, daß in dem Artikel keine Majestätsbeleidigung zu finden sei. Eine Kritik der Worte des Kaisers müsse angesichts der Wirkungen, die sie im Volke ausübten, gestattet sein. Der Verteidiger sucht dann des Beteren darzulegen, daß in keinem der inframittirten Sätze eine Beleidigung des Kaisers enthalten sei, und schließt mit dem Antrage, den Angeklagten freizusprechen.

Der Gerichtshof erachtete einen Rausch des Artikels für beleidigend, die übrigen inframittirten Sätze aber nur für Verletzungen der dem Kaiser gebührenden Ehrfurcht. Mit Rücksicht auf das ernste Streben des Angeklagten, seine Jugend — er ist erst 26 Jahre alt — und Unbescholtenheit wurde (wie schon gemeldet) auf drei Monate Festungshaft und Vernichtung der Platten und Formen erkannt.

W. B. Hamburg, 29. Nov. Das Schwurgericht verurtheilte den Fallchmünzer Hechler, der falsche Zettelmarken geprägt hat, zu 18 Monaten Gefängnis. Sein Komplikate hatte sich vor einigen Tagen im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Vermischtes.

+ Ein wildes Theaterpublikum hat offenbar die Stadt Nantes, aus der der Rhein.-Westf. Ztg. folgendes berichtet wird: Im Stadttheater gab man Saint-Saens' „Simphonie und Delila“; der Tenor Lafargue trat in der männlichen Titelrolle nach dreiwöchentlicher Krankheit zum ersten Male wieder auf. Bis zum Ende des zweiten Aktes ging Alles vorzüglich. Aber als der Vorhang sich zum dritten Akte hob, und statt der Sänger und Sängerinnen in alttestamentarischen Gewandungen der Regisseur in trüblichem modernen Frack vor die Rampe trat, um anzukündigen, daß Herr Lafargue in seiner Antikledinge eine nervöse Krise habe, und daß man deshalb die Vorstellung nicht fortsetzen könne, erhob sich ein furchtbarer Spektakel. Schreie ertönten von allen Ecken und Enden: „Es ist nicht wahr! Alles fauler Sauber! Wir wollen unser Geld zurück! Unsere Moneten! Unsere Moneten!“ Der Regisseur zog sich in höchster Bestürzung zurück; der Värm nahm immer mehr zu. Nach einer längeren Pause, während deren im Saale die höchste Aufregung herrschte, erschien der Regisseur aufs Neue. Nachdem einigemal die Ruhe wieder hergestellt war, kündete er an, man werde das Ballet aus „Hamlet“ an Stelle des dritten Aktes von „Simphonie und Delila“ den verehrlichen Zuschauern vorspielen. Diese etwas eigenartige Zustimmung war aber keineswegs zweckentsprechend, da sie den Groll der Anwesenden zu neuer Gluth schürte. Man rief: „Nein, nein! Der Direktor soll seine Entlassung geben! Den dritten Akt oder unsere Moneten! Sinaus mit ihm!“ u. s. w. Der Vorhang senkte sich aufs Neue, und der Spektakel ging noch ärger weiter. Drittes Auftraten des Regisseurs, der zitternd herbeigeeilt, daß die Vorstellung zu Ende sei, daß man nicht weiter spielen werde. Ein höllisches Gekrei, Schreien, Kreischen brach los; die wildesten Rufe wurden ausgehoben. Der dritte Vorhang ging nieder, die Orchestermitglieder zogen sich eilends zurück, und auch der größere Theil des Publikums entsetzt sich endlich, den Ausgängen des Theaters zuzuströmen. Indessen dauerten die lärmenden Kundgebungen in einem Theile des Zuschauerraumes und in der Vorhalle des Theaters fort. Da erschien ein Kontrolleur und gab fund

und zu wissen, daß jedem Zuschauer eine Gegenmarke ausgefolgt werden würde, gegen deren Verwertung ihm am nächsten Tage ein Drittel des von ihm bezahlten Eintrittspreises zurückerstattet werden sollte. Dieser Vorschlag reizte das Publikum zu lautem Hohn- und Gelächter. „Das Theater ist doch keine Spezeretthandlung, wo man nach Gewicht verkauft!“ rief man aus und schrie und lärmte weiter. Plötzlich fürzte das Publikum, einem tollen Einfalle gehorchend, in den Zuschauerraum zurück und begann dort ein tolles Treiben. Man rief zunächst in dem stockfinsternen Saale die Lieber- äuge von den Balkons ab und warf sie in das Parquet hinab, wo sie gleich Spielbällen hin- und hergeschleudert wurden. Auch die Stühle und Sessel führten bald einen wilden Reigen auf mit den kleinen Fußbänken zusammen. Ein Späßvogel hatte sich in den Orchesterraum geschlichen und begann plötzlich, mit wilder Energie Rufe und Rufen zu rufen, um den Hergesabbath im Saale würdig zu begleiten. Schließlich mußte der Zuschauerraum von der Polizei geräumt werden. Aber die Ständemacher kehrten noch einmal zurück, als die Jünger der heiligen Hermanndad kaum den Rücken gekehrt hatten. Noch einmal mußte die Polizei in stattlicher Anzahl herbeigeordnet werden, um die schließlich in die beste Saune gerathenen Theaterbesucher aus dem Lustentempel endgiltig zu verjagen. Es war gegen 1 Uhr Morgens, als endlich die Ruhe wiederhergestellt wurde. Die guten Bewohner des Carbinenhafens haben sich auf diese Weise einen vergnügten Vorlärnabend geleistet, während der Direktor Zahner, ehemaliger Generalsekretär der Pariser komischen Oper, seinen Aschermittwoch beging.

Votales.

Posen, 30. November.

n. Die Zuckerriibenbau-Interessenten hielten gestern in Lambers's Saal eine von etwa zweihundertfünfzig Personen besuchte Versammlung ab, die vom Generalassessor Dr. L. v. Staudt geleitet wurde. Zunächst wurde eine Resolution verlesen, die von den Vertretern von 13 Zuckerriibfabriken der Provinz Posen in einer gestern Vormittag in Mollus Hotel stattgehabten Versammlung einstimmig gefaßt worden war; die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

1. Die dauernde Gesundung der mitteleuropäischen Zuckerindustrie und des mit ihr eng verknüpften Zuckerriibbaues ist nur durch die völlige Abschaffung aller von den betheiligten Staaten geleisteten Ausfuhrzuschüsse (Exportprämien) zu erreichen. Es ist mit Dank anzuerkennen, daß die deutsche Reichsregierung ernstliche Verhandlungen zur Beseitigung dieser Prämien veranlaßt hat; sollten diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen, so kann das Bestreben, den Widerstand des Auslandes, dessen Zuckerindustrie neuerdings der deutschen vollkommen ebenbürtig geworden ist, durch Einführung wirksamer Kampfsprämien seitens Deutschlands, zu brechen, nur gebilligt werden.

2. Zu unserem lebhaften Bedauern können wir dem den Bundesrath vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Zuckersteuer-Abänderungsvorschläge, deren Durchführung der deutschen Zuckerindustrie und dem vaterländischen Riibebau nicht zuzustimmen, sondern zum Schaden gereichen würde, nicht zustimmen. Insbesondere würden sie eine schwere Schädigung der ostdeutschen Industrie gegenüber der mitteleuropäischen eine Zurücksetzung der modernen Großbetriebe gegen die älteren, meist im Besitze Einzelner befindlichen kleineren Fabriken bewirken.

3. Wir sprechen uns entschieden gegen die beabsichtigte Kontingentierung der in unserer Heimat fast nur aus schließlich auf landwirtschaftlich-genossenschaftlicher Grundlage arbei-

tenden einzelnen Zuckerfabriken, gegen die Einführung einer stoffkafformigen Betriebssteuer und gegen jede Erhöhung der schon jetzt sehr erheblichen Zuckersteuer (Verbrauchsabgaben) aus. Die Wohlthat der deutschen Zuckerindustrie beruht wesentlich auf einer andauernden Vermehrung des noch sehr steigungsfähigen inländischen Zuckerverbrauchs. Die beabsichtigte Belastung des Zuckers durch eine neue Last muß aber auf die Zunahme des Verbrauches hemmend wirken.

4. In der Rücksicht zu dem bewährten früheren System der Rübensteuer, unter welchem die deutsche Zuckerindustrie groß geworden ist, erklären wir ein sicheres Mittel zur Förderung derselben. Mit dieser Besteuerungsart ist die Gewährleistung einer angemessenen Einnahme aus der Zuckerindustrie zu Gunsten der Reichskasse sehr wohl vereinbar. Wir empfehlen dringend, diesen Weg beschreiten zu wollen.

Hierauf ergriß Herr v. Tiedemann-Seeheim das Wort, der über die vier Punkte der Resolution sich wie folgt äußerte: Bei der heutigen Lage der Zuckerindustrie in der Provinz Posen ist es nicht mehr wie recht und billig, daß die Interessenten die Bestrebungen für die Einführung wirksamer Kampfmittel auf das kräftigste unterstützen. Der dem Bundesrath vorliegende Gesetzentwurf enthält Vorschläge, welche die deutsche Zuckerindustrie und die riibebauenden Grundbesitzer des Ostens schwer schädigen würden; es sei daher ganz natürlich, wenn sich die Interessenten entschieden gegen die beabsichtigte Kontingentierung wehren würden, da sie sich hindurch in ihren Existenzbedingungen bedroht sähen. Das Gesetz lasse z. B. zwar die Vergrößerung bestehender und den Aufbau neuer Fabriken zu, aber nur unter so schweren Bedingungen, daß eine Vergrößerung oder ein Neubau einer Fabrik geradezu unmöglich werde. Die Kontingentierungsbestimmungen seien so scharf, daß eine neue Fabrik im ersten Jahre ihres Bestehens die doppelte Betriebssteuer zahlen müsse; wenn eine Fabrik nur 5 Prozent mehr produzierte, als ihr die Kontingentierungsbestimmung zuwies, müsse sie für jeden Zentner 50 Pfg. Betriebssteuer zahlen. Ferner schreibe das neue Gesetz im März oder April, also zu einer Zeit, wo der Landwirth seinen Acker bestellt und der Ertrag noch nicht annähernd festzustellen ist, auf Grund der Durchschnittszahlen der letzten 5 Jahre den Fabriken ihr Kontingent zu. Es kommen hier nun 3 Fälle in Betracht: 1) Das Jahr ist normal; die Produktion erleidet dann keine Veränderung, und kann dieser Fall demnach hier nicht gelten; 2) Das Jahr ist ein schlechtes, dann wird die Fabrik nur halb ausgenutzt, damit steigen die Kosten ungemein und werden auf den Riibebau abgewälzt; 3) Ist aber der Riibenertrag eines Jahres ein sehr guter, so wird durch die Ueberproduktion von Riiben die Fabrik ausgenutzt, 30—40 000 Zentner zu verarbeiten, die sie nicht bewältigen kann und die Fabrik wird deshalb verfallen, sich dieser Massen zu entledigen, indem sie rüht, die Riiben lieber zu verfüttern, als sie mit Verlust zu verarbeiten.

Die zweite Vorschrift, die das neue Gesetz einführe, sei die stoffkafformige Betriebssteuer, d. h. je größer die Fabrik sei, um so mehr Steuern müsse sie zahlen. Nun sind aber die Zuckerfabriken in Mitteldeutschland zuerst entstanden und zwar in kleinen Anlagen. Im Osten, in welchem die Zuckerindustrie erst später Eingang fand, wurden entsprechend der vorgeschrittenen Technik nur größere Fabriken angelegt und diese müssen nun auf Grund der neuen stoffkafformigen Betriebssteuern zu Gunsten der kleineren mitteldeutschen Betriebe größere Steuerbeträge entrichten. Dies ist selbst für größere Fabriken eine Lebensfrage. Außerdem haben die mittel- und westdeutschen Fabriken neben bedeutend billigeren Kohlen auch bessere und billigere Frachten für den Export über Hamburg.

Zu dem 3. Punkt führte Redner aus, das neue Gesetz sei eine erhebliche Erhöhung der Zuckerverbrauchsabgabe. Die inländische Zuckerindustrie trage jetzt schon eine Steuer von 9 M., welche nach dem neuen Gesetz auf 12 M. erhöht werde. Bisher werde eine Ausfuhrprämie von 1,25 M. gewährt, welche nach dem neuen Entwurf auf 4 M. betrage. Trotzdem werde durch diese Erhöhung der Ausfuhrprämien nur dem fiskalischen Interesse gedient. Das Reich zahle augenblicklich 13 Mill. an Exportprämien und diese ganze Summe müßte die Zuckerindustrie beziehungsweise der Riibebau aus eigener Tasche zahlen; dabei sei der Bundesrath befaßt, diese Prämien theilweise oder ganz aufzuheben. Wenn noch 3 Mark Zulag erhoben würden, werde der Zucker zu theuer; jetzt kommt das Pfund Zucker auf 30 Pfennige; werde die neue Steuer eingeführt; so werde der Zucker sofort um 5 Pf. aufschlag und wenn der Zucker theuer wird, schränken sich die Familien ein, wodurch die Fabriken, die ihre Einrichtungen voll ausnützen wollen, gezwungen werden, mehr zu exportiren. Wird umgekehrt die Zuckersteuer aufgehoben, so steigert sich der Verbrauch und die Fabriken sind dann viel eher in der Lage, auf die Ausfuhrprämie zu verzichten, was dann indirekt den Riibeproduzenten zu gute kommt. Die deutsche Zuckerindustrie habe sich mit Mühe und Fleiß einen Platz auf dem Weltmarkt eroberet. In den Jahren 1886/87 wurden 8 Millionen Zentner Zucker verbraucht, 1894 waren es schon 12 1/2 Millionen. Tritt aber der neue Gesetzentwurf in Kraft, dann wird die Zuckerindustrie schwer geschädigt und deshalb spricht sich Redner ganz entschieden gegen die Einführung der Kontingentierung aus.

Die folgenden Redner sprachen ziemlich im gleichen Sinne; ein Redner bemängelte, daß die vorgesehene Resolution ausschließlich den Interessen der Fabriken, nicht auch denen der Landwirtschaft diene, und man beschloß daher, folgenden Zusatz der Resolution anzufügen:

Die heute in Posen versammelten Riibebau treibenden Landwirthe müssen sich zu ihrem Bedauern gegen den, dem Bundesrath vorliegenden Gesetzentwurf über die Zuckersteuer aussprechen. Eine durch die in Aussicht genommene Kontingentierung der Betriebssteuer herbeigeführte Einschränkung des Riibebaus würde in unserer Provinz und wohl im ganzen Osten des Reiches die bereits dort schwerer als anderswo hervorgerufene Nothlage der Landwirtschaft fast steigern und die durch den Riibebau hervorgerufene höhere Kultur wieder rückgängig machen. Insbesondere würden die Schwachen unter den Landwirthern bei der verminderten Zuckerproduktion der Fabriken von diesen in erster Linie abgestoßen und dadurch einfach dem Ruin zugeführt werden. Der von den 13 Zuckerfabriken heute gefaßten Resolution stimmen wir in allen Punkten bei.

Nach Annahme der Resolution mit diesem Zusatz wurde die Versammlung geschlossen.

n. Selbstmord. Der frühere Schuhmacher E. Schulz, der seit Jahren als Hausknecht in einem Geschäft auf der Breitenstraße arbeitete, wurde gestern, nachdem man die Thür seiner Wohnung gewaltsam geöffnet hatte, mit durchschnittenem Halse aufgefunden. Schulz war ein dem Trankte ergebener Mensch und man nimmt an, daß er die That in einem Anfall von Delirium vollbracht habe. Ein hinzukommender Arzt konnte nur noch den erfolgten Tod feststellen.

n. Unglücksfall. Gestern Nachmittag fiel der Bootsmann Bickermann vom Regierungsdampfer „Georg Meißner“ in das in

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

Nachdruck verboten.

Berlin, 29. November.

Sullivan's große romantische Oper „Ivanhoe“, vor fünf Jahren bereits in London aufgeführt, ist sehr spät zu uns gekommen. Aber als sie nun am Dienstag in unserem Opernhaus erschien, da hatten manche Spötter nicht übel Lust zu erklären, sie sei immer noch zu früh zu uns gekommen. Für die Aufführung sprach nur ein Moment, die Popularität des „Ivanhoe“; mit der: Sullivan sich in Deutschland bekannt gemacht hat, da gegen aber sprachen mehrere Motive — vor allem, daß dem übergroßen Aufwand an technischer und dekorativer Arbeit der künstlerische Werth der Oper nicht entfernt entspricht. Berliner Musiker und Berliner Musikkritik haben vollauf jederzeit gezeigt, daß sie ihr Urtheil nicht von einseitig nationalem Standpunkt fällen, daß sie ausländischer Kunst mit Unbefangenheit und redlichem Elfer entgegenkommen, und das Berliner Publikum vollends hat von jeher das Ausländische bevorzugt. Aber dieser Sullivan-Oper gegenüber macht sich ziemlich allgemein die Empfindung geltend „ein großer Aufwand nutzlos ist verthan“ — und man fragt sich, ob man auch einem deutschen Komponisten für eine Oper von den gleichen musikalischen Qualitäten ein so weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hätte. Freilich erfreut sich Sullivan sehr förderlicher Protektoren und das giebt die Erklärung dafür, daß man für diese keineswegs auf voller Höhe stehende Oper seit Jahren hier die umfassendsten technischen Vorbereitungen getroffen hat. Wohl zeigt Sullivan sich auch in „Ivanhoe“ als guter Musiker von Fall zu Fall, aber nicht durchweg. Wo er humoristisch sein oder im Genre der Operette sich bewegen kann, bietet er manch köstliche Gabe. So in dem prächtig humoristischen Liede „Der Wind bläst ruhig übers Meer“ — aber dergleichen Schönheiten finden sich zu selten in dieser Oper, bei der das szenisch Erfreulichste wiederum eine humoristische Szene ist, die zwischen Richard Böwenherz und dem Einsiedler Bruder Tuck. Dies und noch Mehreres weist immer wieder darauf hin, wo Sullivan's Stärke liegt. So lange er in seinem Genre bleibt, wird er immer Vorzügliches leisten, denn er ist ein vorzüglicher Musiker und ein Komponist von Erfindung. Das zeigt sich hier wiederum in der Behandlung des Orchesters — so bietet gar eigenartigen Reiz die summende, surrende Begleitung des Orchesters zu dem Liede „Wehet die Velle!“ Das Orchester ist fast immer sehr charakteristisch behandelt, aber es dominirt zu oft gegenüber dem Gesang. Der Stil der großen Oper ist selten getroffen, nur der von Bulf voll Leidenschaft gesungene Monolog des Tempelers „Wirb um die Kette, bis das Eis zerschmilzt“ hatte zündende Wirkung. Im übrigen blieb trotz einzelner musikalischer Schönheiten der Erfolg aus, die Musik hatte nichts Hinreißendes, nichts die Hörer Zwingendes. Man hatte viel-

sach die Empfindung, als ob Musik und Handlung nur Vorwand seien für die Ausstattung. So kam trotz glänzender Inszenierung und guter Darstellung doch nur ein Achtungserfolg hinaus. Ueberdies hat auch das Textbuch die Wirkung beeinträchtigt. Der Stoff ist Ihnen bekannt aus Walter Scott's gleichnamigem Roman und aus Marschners Oper „Templer und Sabin“.

Von der famosen „Gesellschaft Deutscher Dramatiker“, einer Vereinigung bekannter Bühnendichter, habe ich Ihnen bereits berichtet, als die Gesellschaft ihren ersten Todten begrub — nach der Aufführung von „Der Todte“ von Paul Schettler. Die Gesellschaft, dessen Vorsitzender inzwischen in einem Fehdeartikel gegen die Berliner Kritik zu Felde gezogen ist, hat jetzt eine völlig neue Einrichtung getroffen und dafür das Schlagwort gefunden, „das Volk soll Richter sein“. Am nächsten Mittwoch veranstaltet die Gesellschaft einen Volksunterhaltungsabend, an dem ein bisher unausgeführter Schwank eines ihrer Mitglieder „Ulrich's Fittchen“ mit vertheilten Rollen — vorgelesen werden soll. Jeder Zuhörer wird mit dem Theaterzettel zwei Stimmzettel erhalten, von denen der eine die Bezeichnung „Ja“, der andere ein ominöses „Nein“ enthält. Nach Schluß soll Jedermann einen Stimmzettel abgeben und danach soll entschieden werden, ob der Schwank würdig ist oder nicht, auf der Bühne aufgeführt zu werden. Die Idee, den Werth einer literarischen Arbeit durch eine Volksabstimmung feststellen zu lassen, ist mehr als naiv. Die „Gesellschaft deutscher Dramatiker“ scheint einen gewissen Schiller nicht zu kennen, der im „Demetrius“ empfohlen hat, man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. Jedenfalls wird sich kein Theaterdirektor finden, der die Annahme der aufzuführenden Stücke von der Abstimmung dieser dramatischen Gesellschaft abhängig macht.

Das künstlerische Hauptinteresse der Woche nimmt die Ausstellung der Arbeiten der drei Ahtzigjährigen in Anspruch: Julius Schrader, Andreas Achenbach und Adolf Menzel. Der Wandel des Geschmacks wird durch die in der Akademie ausgestellten Arbeiten Schraders am grellsten illustriert — seine Porträts von Ranke, Humboldt u. A. erscheinen so peinlich oberflächlich bearbeitet, so flach und nüchtern; seine Genrebilder mit ihren bescheidenen, harmlosen, gleichgiltigen Stoffen sind in anspruchsvoller Größe behandelt und höchst unladend ausgeführt. Und das Alles galt einst als höchste Kunst! Aus den fünfziger Jahren ist uns in Bezug auf Schraders, von dem nüchternen Berlin enthusiastisch bewundertes Bild „Bionardos Tod“ ein charakteristischer Ausspruch bewahrt: „Wenn Berlin einmal unterginge wie Pompeji und Herkulanum und man fände einen Feigen mit dieser Hand Bionardos wieder, so würde das mehr von Kunst reden, als halbe Bilder unserer Symboliker.“ Man feierte damals Schrader als Ueberwinder des Symbolikers Cornelius und rühmte seine Einfachheit im Gegensatz zum Pathos der Düsseldorfser. Will man Schrader richtig

beurtheilen, so muß man es vom Standpunkt der fünfziger Jahre thun, aber auch das wird schwer, denn während Schrader mit seinen mäßigen Arbeiten Anerkennung und Ruhm fand, schuf Adolf Menzel bereits Gewaltiges, Unergründliches. Das zeigt jetzt wieder aufs eindringlichste die Ausstellung seiner Arbeiten in der Akademie. Wir sehen da Zeichnungen, Skizzen, Bilder aus seiner frühesten Zeit. Und stets findet sich dort bereits etwas von jener indirekten Charakteristik, die den Stolz der modernen Dichtung bildet. Schon seine frühen Skizzen zur Geschichte Friedrichs des Großen lassen erkennen, wie sehr er sich in den Charakter der behandelten Zeit zu versetzen weiß, wie sehr er die rechte Stimmung herauszubringen vermag. So lebt des großen Königs Zeit in den Bildern der „Kaseltunde“ und des „Friedenkonzerths zu Sanssouci“. Immer wieder fordert es zu erneuter Bewunderung heraus, wie hier die Stimmung des Rococo so wunderbar getroffen ist und wie im Bilde „Friedrich der Große auf Reisen“ bereits der Charakter der beginnenden neuen Zeit bemerkbar wird. Und nicht minder sicher wurzelt Menzel im Leben der eigenen Zeit! Wenn er „Maurer bei der Arbeit“ malt, so wird das kein zusammengekomponirtes Genrebild, sondern ein Stück soziales Leben. Schildert er im „Ballouper“, im „Cercle“ höfisches Leben, so ist das keine bechutsame, die Hauptpersonen in den Vordergrund schiebende konventionelle, die Hofrangordnung berücksichtigende, Alles à la Anton von Werner in Atelierlicht stellende Darstellung. Ihn reizt vielmehr die malerische Wirkung, der Kontrast der Lichter und glänzenden Epauletten, die zitterig heiße Luft, die elegante, im Balltrubel zerknitterte Toilette. Und doch trotz all dieser Unabsichtlichkeit der Darstellung giebt es kein Bild, das Festlichkeiten am Hofe Kaiser Wilhelms I. treffender und eindrucksvoller schildern könnte, als es die Arbeiten Menzels thun. Dann wieder reizen ihn Lichteffekte und Lichtstudien und er malt das Innere von Synagogen oder den Brunk einer katholischen Messe, und durch die bunten Fenster glitzert die Sonne hinein. In verschwenderischer Figurenfülle malt er einen Münchener Biergarten oder einen Berliner Weihnachtsmarkt und jedesmal ist ein Meisterwerk der Kunst und weil wahr und lebensbig erschaut, auch zugleich ein Stück Kulturbild. Und wie seine ersten Arbeiten noch heute in ihrer Art unübertroffen sind, so ist auch, was er heute noch schafft, von hohem Werth.

Andreas Achenbachs Kunst wird durch 30 Nummern in der Ausstellung vorgeführt. Es ist viel schönes dabei und man muß ihm dankbar sein: er hat die Darstellung der wüthenden See als neues Motiv in unsere Kunst gebracht, er hat die Poesie der Ostsee und der nordischen Fjorde für uns entdeckt. Aber trotz aller glänzenden Vorzüge sind seine Landschaften übertroffen von unseren Neueren, die mehr intimen, suggestiven Reiz haben, mehr Sympathie und gar kein Pathos.

Bewegung befindliche Schaufelrad und wurde am Kopfe schwer verletzt. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde der Verletzte in das Bernhardiner-Krankenhaus geschafft.

Aus der Provinz Posen.

© Billa i. P., 29. Nov. [Die k. k. Anstalt für die Provinzen Posen und Westpreußen beabsichtigt auf dem ihr gehörigen Rittergute Kleszczewo, Kreis Billa, 11 planmäßige Anstaltshäuser und eine Schulstelle als Renten-güter auf Grund des Gesetzes vom 26. April 1886 zu errichten.

x. Wsch., 29. Nov. (Tobischlag.) Der Schiffseigner Franz Dreher aus Alt-Belitz bei Driesen wurde vor einigen Tagen auf der Fahrt von hier nach Czarnkau von einem Fißher mit einem starken Knüttel derartig geschlagen, daß er sofort besinnungslos niederfiel. Borgehört ist der Verletzte seinen Wunden erlegen. Er hinterläßt eine Wittve mit 4 unversorgten Kindern. Die gerichtliche Untersuchung wird hoffentlich den Thatbestand vollständig aufklären.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

3 Breslau, 29. Nov. [Zum Kaiserbesuch.] Neuestem Vernehmen nach wird das Programm, das anlässlich der Anwesenheit des Kaisers hierhergestellt ist, eine vollständige Umgestaltung erfahren. Die zuerst beabsichtigte Reise nach Oslau ist aufgegeben worden; aber auch in Breslau, wo der Aufenthalt bis Dienstag Abend ausgedehnt werden sollte, wird der Kaiser nur bis Montag Abend verweilen und Abends 7/9 Uhr nach Berlin zurückkehren. Rhythmisches wird er den Reichstag doch noch, entgegen den Meldungen der „Post“, persönlich eröffnen.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 29. Nov. Wie die „Stett. Abendztg.“ meldet, wurde dem freireligiösen Lehrer Cesar aus Berlin die von der hiesigen Schulinspektion ihm erteilte Erlaubnis für den Jugendunterricht wieder entzogen und zwar auf Antrag des Polizeipräsidenten. Die Erlaubnis war ihm hier erteilt worden, nachdem ihm dieselbe bereits in Berlin entzogen worden war.

Detmold, 29. Nov. Die Kaiserin Friedrich ist heute früh von Kumpferheim hier eingetroffen. Am Bahnhofe fand offizieller Empfang durch die Behörden des Landes und die hiesigen Behörden statt. Prinz Adolf und Gemahlin erwarten die Kaiserin am Bahnhofe. Auf der Fahrt durch die festlich geschmückte Stadt, in welcher die Kriegervereine, die Schulen, die Schützenvereine und die Feuerwehrgesellschaften, wurde die Kaiserin mit lebhaften Hochrufen begrüßt; ihr Aufenthalt wird vermutlich mehrere Tage dauern.

Samburg, 29. Nov. Die vor einiger Zeit in der „Norddeutschen Bank“ verhafteten beiden Gauner sind jetzt als gewöhnliche mäßige internationale Bankdiebe, der eine unter den Namen Evans, oder Miller, auch Montgomery, der andere als Alenao Deu rekonstruiert worden. Ersterer ist 1890 in London mit 1 1/2 Jahren Gefängnis bestraft worden. Beide werden nach der hiesigen Aburteilung nach Berlin transportiert werden, wo ihnen eine Reihe Bankdiebstähle vorgeworfen werden.

Altona, 29. Nov. Generaloberst Graf von Waldersee erhielt gestern folgendes Telegramm des Kaisers: „Neues Palais, 28. November. Bei der 25. Wiederkehr des Geburtstages von Beaune-la-Rolande erinnere ich mich gern und dankbar Ihrer verdienstvollen Thätigkeit in jener ersten Zeit. gez. Wilhelm I. R.“

Strasburg i. El., 29. Nov. Der Großherzog von Baden wird heute Abend hier eintreffen und beim Fürsten Statthalter Abtheilungsquartier nehmen. Morgen wird derselbe an der Gedächtnisfeier mehrerer Gefechtsstage von 1870, welche sein Infanterie-Regiment „Großherzog Friedrich von Baden“ Nr. 126 be-geht, theilnehmen.

In Anwesenheit des kaiserlichen Statthalters Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg fand heute Vormittag die Einweihung des neuen Bibliothek-Gebäudes statt. Der Oberbibliothekar Dr. Barad gab einen Ueberblick über die Geschichte der Bibliothek. Im Namen der Universität sprach der derzeitige Rector magnificus Dr. Fittig.

Wien, 29. Nov. Das Abgeordnetenhaus beriet heute die Nothstandsborlage, in welcher 400 000 fl. verlangt werden, davon 200 000 fl. für die von der Brücker Katastrophe betroffenen. Im Laufe der Debatte erklärte der Vertreter der Regierung, Oberbergrath Zechner, hinsichtlich der Brücker Katastrophe sei die Untersuchung im Gange. Derselbe habe bisher ergeben, daß unter der Stadt Brüx niemals ein Verghaubeit erlitten habe und in der Gegend, wo der Einbruch von Schwimmland eintrat, gleichfalls niemals Verghaubeit bestanden habe. Der von der Verghaubeit angeordnete Schubfessler sei völlig intakt geblieben. Die Vorlage wurde in dritter Lesung ebenfalls un-ändert angenommen. — Weiter antwortete Abgeordneter Fuchs, der Mann des Auschusses zur Untersuchung der Börsen-pantik vom 14. November 1891, auf eine in der letzten Sitzung gestellte dahingehende Frage Zuegers, daß der Ausschuss, da der Minister dem Strafgericht die Vorlage der Aktien verboten, und die Börsenkammer daher keinen Thatbestand vorgefunden hatte, seine Arbeiten als erledigt betrachten habe. — Der hiesige Anwalt Bagers zu Grunde liegende Sachverhalt ist, daß die Presse über eine Audienz des Abgeordneten Ja-worski beim Kaiser am 12. November 1891 einen Bericht ge-brachtet hatte, nach welchem der Kaiser die äußere Lage als überaus ernst bezeichnet habe. Daraus entstand eine Panik an der Börse. Die angeblichen Aeußerungen des Kaisers wurden dann amtlich dementirt. — Abg. Jaworski giebt nach der Rede des Abg. Fuchs ein Bild des Sachverhalts und stellt fest, daß der Polentklub seiner Zeit speziell darüber eingehende Erhebungen eingeleitet habe, ob jemand aus der vertraulichen Sitzung des Polentklubs Mittheilungen an die Zeitungen gemacht und daraus Vortheil gezogen habe, daß aber diese Erhebungen ein vollständig negatives Resultat hatten. Auf Kampfle und die Kolportierung derselben gebe es nur eine Ant-wort: Schweigen. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident erklärt sodann, es liege kein Material zur weiteren Verhandlung über diese Frage vor, er werde den Ausschuss zur Abfassung eines Schlussberichtes auffordern.

Wien, 29. Nov. Eine Abordnung des preussischen Regiments der Garde du Corps, welche unter Führung ihres Regimentskommandeurs, Oberstleutnant v. Mikloff, der Trauung ihres Regimentskameraden Grafen v. Saurma-Feltich hier beigemohnt hatte, wurde von dem Kaiser Franz Josef in besonderer Audienz empfangen.

Rom, 29. Nov. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen gedenken zunächst einen kurzen Aufenthalt in Mailand zu nehmen.

Rom, 29. Nov. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) In seiner Ansprache in dem heiligen Konfitorium berührte der Papst eingehend die Lage im Orient. Er verhehle sich den Ernst der Situation nicht. Der Heilige Stuhl nehme Antheil an der traurigen Lage der Armenier und wünsche die verschiedenen Völker des osmanischen Reiches nach den Grundsätzen der Gleich-heit und Gerechtigkeit regiert zu sehen. Des Weiteren wurde in der Ansprache mitgetheilt, daß Patriarchat in Alexandrien für die

Kopten solle wieder errichtet und eine Umgebung des päpstlichen Stuhles darüber demnächst veröffentlicht werden. Die Ansprache schloß mit Lobsprüchen auf die neuernannten Kardinele.

Paris, 29. Nov. Der Ackerbauminister empfing heute eine Abordnung der Gesellschaft der Zuckerrüben-samenzüchter, die den Minister auf die in der Einfuhr deutschen Zuckerrübensamens, welche die einheimische Produktion bedrohe, liegende Gefahr aufmerksam machte. Der Minister versprach, die Frage ernstlich zu prüfen.

Paris, 29. Nov. [Deputirtenkammer.] Der Bona-partist Cuneo d'Ornano interpellirte über die Revision der Verfassung. Er erklärte, die Revision sei nöthig, um die versprochenen Reformen zu erlangen. Mehrere der gegen-wärtigen Minister seien für die Revision. Der Ministerpräsident Bourgeois erklärte es für leicht, Reformen herbeizuführen, ohne daß zu einer Revision der Verfassung geschritten werde. Es sei Sache der Regierung, die Initiative in der Revisionsfrage zu ergreifen, sobald sie den geeigneten Augenblick für gekommen erachte. (Beifall.) Die Kammer nahm sodann mit 318 gegen 102 Stimmen eine von Sarrien eingebrachte und von dem Ministerpräsidenten Bourgeois gebilligte Tagesordnung an, welche feststellt, daß die Regierung vor allem entschlossen ist, Reformen durchzuführen und in der Verwirklichung ihres Programms weiterzuarbeiten. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 29. Nov. Alexander Dumas wird morgen bürger-lich auf Kosten der Familie auf dem Montmartre-Kirchhof be-erdigt werden. Reden werden bei dem Begräbniß nicht gehalten werden.

Toulon, 29. Nov. Contreadmiral Glane hat inter-mittisch das Kommando über das Mittelmeergeschwader übernommen, welches bis nach der Entscheidung des Untersuchungs Rathes hinsichtlich des Admirals Gervais auf der hiesigen Rhede verbleibt.

Brüssel, 29. Nov. [Kammer der Repräsen-tanten.] Vorand begründet die Interpellation betreffend die Stokes-Angelegenheit und fragt, ob es richtig sei, daß man den Hauptmann Vothaire vor ein belgisches Gericht wegen der Hinrichtung Stokes' habe stellen wollen; die belgische Regierung habe keine Kompetenz, die Stokes-Angelegenheit abzu-urtheilen, er hoffe auch, daß die belgische Regierung eine Abur-theilung Vothaires nicht zulassen werde. Der Minister des Aus-wärtigen de Burlet führte aus, der belgischen Regierung sei die Hinrichtung Stokes' von dem Congo-Kaate bekannt gegeben worden; es handle sich gegenwärtig nicht darum, sich über den Punkt aus-zulassen, ob man Vothaire vor ein Gericht verwiesen müsse, da ja derselbe nicht in Belgien sei; die Regierung beantrage deshalb in Betreff der Frage Vothairs, welche Haltung die Regierung in dieser Sache nehmen wolle, zur Tagesordnung überzugehen. Die Re-gierung werde sich erst dann äußern können, wenn Vothaire in Belgien sein werde. Wenn sie später in der Lage sein werde, über diese Angelegenheit zu verhandeln, werde sie vor dem Parlament die Entscheidungen zu verantworten haben, deren ganze Wichtigkeit ihr bewußt sei; die Regierung bedauere die Sprache gewisser Blätter; denn England habe Anspruch auf jede Rücksichtnahme.

Brüssel, 29. Nov. Nach den letzten Kommunalwahlen, bei denen die Katholiken und die Sozialisten in Brüssel starke Minoritäten erlangten, hatte der Bürgermeister Vuls den Ent-schluß kundgegeben, sein Amt niederzulegen. Auf das dringende Ersuchen der liberalen Kommunalräthe ist Vuls nun-mehr von seinem Entschluß zurückgekommen und wird daher das Bürgermeisteramt beibehalten.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprekzahn der „Pol. Ztg.“

Berlin, 30. Nov. Vormittags. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge ist für den frei gewordenen Gesandtschaftsposten in Teheran dem Vernehmen nach der Generalkonsul in Kalkutta, Freiherr von Gärner, Erlebenom in Aussicht genommen.

Bei den heutigen fünf Stichwahlen zur Stadt-verordnetenwahl wurden die Liberalen sämtlich gewählt, darunter im 27. Bezirk der dritten Abtheilung Berlins (freil.) gegen den bisherigen sozialdemokratischen Vertreter des Bezirks Gante.

Der „Vorwärts“ bestätigt, daß im Anschluß an die letzten Hausjuchungen ein Gerichtsverfahren gegen Auer und Genossen schwebt. Liebknecht, Auer und Genossen waren gestern vorgeladen. Bei Singer wurde gestern erneut Hausjuchung gehalten.

Die „Nat.-Ztg.“ dementirt die Meldung, betreffend die Entziehung der kulturelministeriellen Subvention an Dr. Jafrows Jahresbericht für Geschichts-Wissenschaft.

Köln, 30. Nov. Wie die „Köln. Ztg.“ aus Obeffa meldet, sind bei dem letzten Unwetter etwa 500 Menschen umgekommen, welche theils ertrunken, theils erfroren sind. Die Noth ist sehr groß.

Venedig, 29. Nov. In ganz Ober- und Mittelita-lien herrscht abnorme Kälte. In Turin war die Tempe-ratur heute früh 12 Grad unter Null.

Paris, 30. Nov. Präsident Faure beantwortete das Telegramm des russischen Admirals Siatagoras mit einer Depesche, worin er die Wünsche für das Wohlergehen des russischen Reiches, für das Glück des Kaisers und der kaiserlichen Familie ausdrückt und seine lebhafteste Sympathie für die russische Marine ausdrückt.

Paris, 29. Nov. Nach lebhafter Berathung lehnte der Municipalrath auf Grund einer f. St. erschiedenen Pro-schüre Dumas gegen die Kommune den Antrag, einer Straße den Namen Alexandre Dumas-Straße zu geben, ab.

London, 29. Nov. Wie verlautet, wurde in Natal ein Komplotte entdeckt gegen den ersten Minister und mehrere seiner Kollegen. Die Verschwörer hätten zwei Mann zur Aus-führung ihres Planes bezeichnet. Diese sollten die Minister auf der Station Sambasho ermorden, wenn dieselben aus Colon zurück-kehrten.

Glasgow, 30. Nov. Eine Konferenz zwischen den Arbeitgeber und Arbeitern ist zu Stande gekommen, zum Zwecke der Beilegung des Schiffsbauerstreikes.

Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 29. Nov. [Stefani-Meldung.] Neue Megeleien werden aus Anta bei Aleppo gemeldet.

Handel und Verkehr.

** Dividendenrückstellungen. Unter Vorbehalt geben wir fol-gende Dividendenrückstellungen: Reichsbank mindestens 6 gegen 6,26, Frankfurter Bank wieder ca. 7, Meiningen Bank 5—6, Meiningen Hypothekbank 6, Deutsche Bank wieder mindestens 9, Darmstädter Bank 8 gegen 7, Dresdner Bank mindestens 9 gegen 8, Deutsche

Effekten- und Wechselbank mindestens 7 gegen 6, Internationale Baugesellschaft Stamm- und Prioritätsaktien 10, Farbwerke Wül-belim 10, Frankfurter Tramabahn mindestens 12 1/2, Veloce Prioritäts-aktien 5, Norddeutsche Zute-Spinnerei und Weberei 8 bis 9 gegen 8, Karlsruher Pferdebahn wieder 6, Beche Bonifacius 4 Prozent gegen 0 Proz.

** Berlin, 29. Nov. [Wolle.] Die Abzüge deutscher Wollen umfassen von unseren Lägern trotz des ausbaurenden Ent-aegenkommens der Läger nur ungefähr 700—800 Centner, zu zwei Drittel aus Zuch- und Stoffwollen, zu ein Drittel aus Schmutz-wollen bestehend. Bestere hielten sich besser im Werthe, als erstere, die einige Markt unter letzter Nothz verlieren mußten, um Absatz zu finden. Es ist hierbei auch zu berücksichtigen, daß die Bestände auf unseren Lägern ziemlich ausgelastet sind und sich auch jetzt durch Zuführen aus den Provinzen nur schwer vervollständigen. Käufer waren ausschließlich inländische Tuch- und Stofffabrikanten, die ihren nothwendigsten Bedarf deckten. Rammgarnspinner blieben fern. Die von den auswärtigen Stapelplätzen vorliegenden Mel-dungen sind nicht dazu angethan, die hiesige Tendenz momentan fester zu gestalten.

** Berlin, 29. Nov. Nach amtlicher Bekanntmachung der Aesteften der Kaufmannschaft waren die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus per 10 000 Liter nach Tralles (100 Liter a 100 Proz.) loco ohne Satz ins Haus geliefert: Versteuert mit 50 M. Verbrauchs-abgabe: am 22. Nov. 52,5 M. bez., am 23. Nov. 52,8 M. bez., am 25. Nov. 52,7 M. bez., am 26. Nov. 52,3 M. bez., am 27. Nov. 52,2 M. bez., am 28. Nov. 52,0; mit 70 M. Verbrauchsabgabe am 22. Nov. 33,1 M. bez., am 23. Nov. 33,2 M. bez., am 25. Nov. 33,3 M. bez., am 26. Nov. 32,8 M. bez., am 27. Nov. 32,7 M. bez., am 28. Nov. 32,5 M.

** London, 28. Nov. Bankausweis. Totalreserve . . . 33 903 000 Bun. 1 037 000 Pfd. Sterl. Notenumlauf . . . 25 498 000 Bun. 29 000 „ „ Baarvorrath . . . 42 605 000 Bun. 1 065 000 „ „ Portefeuille . . . 26 080 000 Abn. 963 000 „ „ Guthaben der Privaten 49 496 000 Abn. 316 000 „ „ do. des Staats . . . 7 532 000 Bun. 386 000 „ „ Notenreserve . . . 31 367 000 Bun. 1 007 000 „ „ Regierungssicherheiten . . 14 837 000 unverändert.

Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 59 1/2 gegen 57 1/2 in der Vorwoche.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1895.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
29. Nachm. 2	764.1	D stark	heiter	- 4.3
29. Abends 9	764.1	NN stark	wolklos	- 8.3
30. Morgs. 7	763.9	SD stark	zieml. heiter	- 11.3
Am 29. Novbr.			Wärme-Maximum - 4.3° Cel.	
Am 29. „			Wärme-Minimum - 9.2° „	
*) Neif.				

Wasserstand der Warthe.

Posen am 29. Nov.	Morgens	0.44 Meter Grundwass.
„ 29. „	Mittags	0.44 „
„ 30. „	Morgens	0.20 „

J. O. O. F. O.

M. 2. XII. A. S. U. L.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

Berlin, 29. Nov. Hier ist die Prolongation ziemlich be-endet, während sie an den fremden Hauptbörsen zum Theil noch fortdauert. Der Abgang steht überall erst bevor und die Ungewißheit über dessen Verlauf bildet das hauptsächlichste Moment für die gegenwärtig an der Börse bemerkbare allgemeine Zurückhaltung. Anfangs fühlte man sich heute vollständig beunruhigt, ohne daß dieses Unruhegefühl aber näher hätte präzisirt werden können. Allmählig verschwand jedoch dieser Einfluß und das hervorsteckende Merkmal des Verkehrs blieb größte Geschäft-sstille. Verödung könnte man es nennen, und in Wien war es nach hiesigen Berichten nicht anders. Der Kern dieser Zurückhaltung ist das Mißtrauen angeichts des erwähnten Ab-rechnungstages. Auch Paris war heute mit disponirt, London wurde ruhig gemeldet. Die Kursveränderungen waren unter solchen Um-ständen geringe, mit überwiegender Tendenz „nach unten“. Von Bankaktien haben sowohl Kreditaktien wie Diskonto-Antheile und die übrigen lokalen Banktitres Rückgänge von 1—2 Proz. erfahren, nachdem noch gestern Abend gerade auf diesem Gebiet recht gute Haltung beobachtet war. Von deutschen Bahntiteln begegneten Ostpreußen reger Nachfrage, die übrigen behaupteten sich. Deutscher Reichsbank gaben etwas nach, speziell Franzosen. Schweizer Aktien hingegen lagen auf heimische Impulse durchweg fest; italie-nische, Canada Pacific und sonstige waren etwas billiger erhältlich. Auch Montanwerthe konnten sich der schwachen Stimmung des Gesamtmarktes nicht entziehen und verloren über ein Prozent; der günstige Gelsenkirchener Monatsausweis konnte unter solchen Umständen keine Wirkung erlangen. Fremde Fonds bewahrten ziemlich die letzten Kurse. Genfio das Gros der Industriepapiere. Privatdiskonto 3 1/2 Proz. (R. 3.)

Breslau, 29. Nov. (Schlußkurse.) Ermattend.

Neue Spross Reichsanleihe 98.85, 3 1/2 Proz. L.-Bantbr. 100.30, Konfol. Türken 20.30, Türk. Boole 109.25, 4 Proz. ung. Goldrente 102.20, Bresl. Diskontobant 122.75, Breslauer Wechselbant 107.25, Kreditaktien 232.00, Schles. Bankverein 128.00, Donnersmarkt 141.00, Hölzher Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 159.25, Ober-Schlef. Eisenbahn 81.75, Ober-Schlef. Porzellan-Zement 116.50, Schlef. Zement 177.75, Oppeln. Zement 125.00, Krampla 137.00, Schlef. Zinkaktien 199.40, Lauras-hütte 152.00, Bereth. Delfahrt 87.50, Oesterreich. Banknoten 169.35, Russ. Banknoten 220.25, Schlef. Zement 107.50, 4 Proz. Ungarische Kronenanleihe 98.30, Breslauer elektrische Straßenbahn 188.10, Laro Hegenfelsche Aktien 99.75, Deutsche Kleinbahnen —, Bres-lauer Spiritfabrik 134.25.

London, 29. Nov. (Schlußkurse.) Zuflos.

Engl. 2 1/2 Proz. Konfol. 107, Preuss. 4 Proz. Konfol. —, Italien. 5 Proz. Rente 88 1/2, Lombarden 9, 4 Proz. 1889 Russen (II. Serie) 100 1/2, lomb. Türken 19 1/2, österr. Silber. —, österr. Goldrente —, 4 Proz. ungar. Goldrente 101 1/2, 3 Proz. Spanier 34 1/2, 4 1/2 Proz. Egypter 99, 4 Proz. ungar. Egypter 101 1/2, 3 1/2 Proz. Tribut-Anl. 93 1/2, 6 Proz. Mexikaner 91, Ottomantant 12 1/2, Ca-nada Pacific 58 1/2, De Beers neue 26 1/2, Rio Tinto 16, 4 Proz. Rupees 60, 6 Proz. fund. arg. A. 75, 6 Proz. arg. Goldanleihe 70 1/2, 4 1/2 Proz. arg. do. 48, 3 Proz. Reichsanl. 97 1/2, Griech. 81, Anleihe 30, do. 87er Monopol-Anleihe 31, 4 Proz. Griechen 1889er 25 1/2, Bras. 89er Anl. 69 1/2, 5 Proz. Western de Min. 76, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 88 1/2, Madridkonto 1 1/2, Silber 30 1/2, Anatolier —, Chinesen 106 1/2, 6 Proz. Chinesen (Charterd Bank) Anleihe 107 1/2, 3 Proz. ung. Goldanl. —.

Paris, 29. Nov. (Schlußkurse.) Träge.

Spross. amort. Rente 100.25, Spross. Rente 100.85, Italien. 5 Proz. Rente 86.85, 4 Proz. ung. Goldrente 101.81, III. Egypter.

Stadt und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Decker u. Co. (V. Kassel) 1840 H.